

Mag. Elisabeth Udolf-Strobl
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

elisabeth.udolf-strobl@oesterreich.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Präsident des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMDW-10.101/0118-Präs/4a/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3639/J-NR/2019

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3639/J betreffend "Kreislaufwirtschaft", welche die Abgeordneten Mag. Bruno Rossmann, Kolleginnen und Kollegen am 29. Mai 2019 an meine Amtsvorgängerin richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 5 der Anfrage:

1. *Welche konkreten Maßnahmen sind in Österreich geplant, um explizit die CO₂-arme Kreislaufwirtschaft zu fördern?*
2. *Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der CO₂-armen Kreislaufwirtschaft wurden im Zuge der Ratspräsidentschaft vorangetrieben?*
3. *Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung der CO₂-armen Kreislaufwirtschaft befinden sich in Österreich bereits in Umsetzung?*
4. *Welche messbaren Ziele der CO₂-armen Kreislaufwirtschaft wurden im Zuge der in Österreich umgesetzten Förderung bereits erreicht?*
5. *Steht aus Ihrer Sicht eine CO₂-Steuer als effizienzsteigernder Anreizmechanismus zur Option?*
 - a. *Wenn ja, werden Sie sich in den Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen?*
 - b. *Wenn nein, wieso nicht?*
 - i. *Halten Sie das Verursacherprinzip bei der Kostenübernahme für überholt?*
 - ii. *Halten Sie volkswirtschaftliche Effizienz für überbewertet?*
 - iii. *Halten Sie die wissenschaftliche Literatur, die sowohl die Wirtschaftsfreundlichkeit als auch die soziale Verträglichkeit einer aufkommensneutralen CO₂-Steuer betont, für unzureichend?*

Unter Verweis auf die grundsätzliche Zuständigkeit des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus ist festzuhalten, dass die Idee der Kreislaufwirtschaft aus industriepolitischer Sicht seit Jahren die Vision einer Wirtschaft mit kontrolliertem Ressourcenverbrauch verkörpert. Maßnahmen zur Anhebung der Recyclingquoten und die Förderung eines qualitativ hochwertigen Recyclings schützen nicht nur die Umwelt, sondern stärken auch den Standort und schaffen Arbeitsplätze.

Unter österreichischer Ratspräsidentschaft konnten die Trilogverhandlungen zur Einwegplastik-Richtlinie entscheidend vorangetrieben und daher auch abgeschlossen werden. Deren nationale Umsetzung fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus.

Als wachsender Sektor mit hohem Beschäftigungspotenzial bietet die Kreislaufwirtschaft für Österreich, dessen Unternehmen insbesondere hinsichtlich Know-how und Technologie gerade auch im Bereich der Nachhaltigkeit exzellent aufgestellt sind, große Chancen. Im Rahmen der von meinem Ressort gemeinsam mit dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und der Wirtschaftskammer Österreich entwickelten Außenwirtschaftsstrategie soll die Rolle Österreichs als Vorreiter und Branchenführer auch im Bereich der Umwelttechnologien weiter gestärkt werden.

Konkrete zukünftige Initiativen und Maßnahmen bleiben naturgemäß dem Regierungsprogramm der kommenden Bundesregierung vorbehalten.

Wien, am 29. Juli 2019

Mag. Elisabeth Udolf-Strobl

Elektronisch gefertigt

